

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Helmut Schmidt, Bundeskanzler und Stellvertreter der SPD-Vorsitzender, analysiert die friedenspolitische Rolle der Bundesrepublik.

Seite 1-6

Anke Martiny MdB erhofft sich mehr Gehör für die Frauen auf dem Münchner Parteitag der SPD.

Seite 7

Henning Scherf, Senator für Soziales der Freien Hansestadt Bremen, wendet sich gegen ideologische Angriffe in der Behindertenpolitik.

Seite 8-9

37. Jahrgang / 74

20. April 1982

Aufeinander zugehen - füreinander eintreten

Die SPD vor einer historischen Bewährungsprobe

Von Helmut Schmidt MdB

Bundeskanzler und Stellvertreter der SPD-Vorsitzender

Dieser Parteitag hat geschichtliche Bedeutung! In einer Zeit weltweiter Gefährdungen stehen wir deutschen Sozialdemokraten vor der Entscheidung:

- Entweder wir haben weiterhin den Willen und trauen uns selbst die Kraft zu, das Wohl unseres Landes mit allen den Mitteln zu gestalten, die das Grundgesetz der Bundestagsmehrheit und der Bundesregierung und dem Bundeskanzler gibt;
- oder wir verspielen unnötig und selbstverschuldet die Chance, aus der Regierungsverantwortung heraus deutsche Politik zu gestalten.

Mit Willy Brandt und mit Herbert Wehner kämpfe ich dafür, daß wir die bestimmende politische Kraft in unserem Lande bleiben.

- Entweder trauen wir uns auch weiterhin die Fähigkeit zu, das Gewicht unseres in Europa und der Welt einflußreichen Staates unverändert in die Bewahrung des Friedens und für die Überwindung der Wirtschaftskrise einzusetzen;
- oder wir überlassen in Kleinmut das Feld jenen, die ohne unseren geschichtlich gewachsenen Sinn für Maß und Verantwortung deutsche Macht ausüben wollen.

Ich bin überzeugt, daß unsere SPD als die Partei mit der längsten und einzig umfassenden Tradition aller politischen Kräfte Deutschlands ihrer geschichtlich gewordenen geistigen und politischen Gestalt gerecht wird.

- Entweder wir wollen weiterhin für viele Deutsche und für viele Europäer, die ihre eigene Meinung nicht laut sagen können, eine Quelle der Hoffnung sein: Der Hoffnung auf Sicherheit ihres Friedens und damit auf zukünftige, wenn auch schrittweise Entfaltung größerer persönlicher Freiheit;



- oder wir verleugnen unseren geschichtlichen Auftrag und weichen vor jenen zurück, die zwischen Resignation und gefährlicher Selbstüberschätzung Politik in Deutschland und Europa machen wollen.

Ich vertraue darauf, daß wir Sozialdemokraten durch unser Handeln erneut unserem Auftrag gerecht werden, Sachwalter der Interessen des deutschen Volkes in seiner europäischen und weltweiten Verantwortung zu sein.

Unsere SPD war und ist und bleibt eine Partei der Menschenrechte und der Grundrechte, eine Partei der Arbeit, eine Bewegung zur Verteidigung der Freiheit gegen jedwede Unterdrückung und Diktatur, der Freiheit von Not. Sie war seit Lassalle und sie muß bleiben eine Gemeinschaft von Idealisten, die eines - jedenfalls seit Marx - auch gelernt haben. Daß nämlich unser Idealismus keinen Boden fände ohne ökonomische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.

Die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Mehrheit in unserer Gesellschaft ist in dem Maße gestiegen, in dem die wirtschaftliche Lage der Welt sich verschlechtert hat. Es wäre eine Übertreibung, von "Blut und Schweiß und Tränen" zu reden. Aber wir sagen: Große Anstrengungen und erhebliche materielle Opfer bleiben notwendig. Unsere Sache ist es, diese Opfer gerecht zu verteilen und keine unnützen Opfer zu verlangen.

Offenheit für Kritik und Ratschlag

Gewiß haben wir auch Fehler gemacht. Die Bundesregierung und ich sind offen für Eure Kritik, sie sind ebenso auf Euren Ratschlag angewiesen. Wenn Herbert Wehner hier sein könnte, würde er das ebenso auch für die Fraktion und für sich selber sagen. Wir bedürfen der deutlichen Kritik und des deutlichen Ratschlages!

Diese Genossen und das Godesberger Grundsatzprogramm haben Willy Brandt und uns allen den Weg in die Regierung gebahnt. In Godesberg war viel Sachüberwindung nötig. Und dennoch hat es von Willy Brandt's Nominierung bis zu seiner tatsächlichen Kanzlerschaft fast nochmals ein ganzes Jahrzehnt gedauert! Und was alles ist nicht von 1949 bis 1966 gegen uns Sozialdemokraten entschieden und verfestigt worden!

Auch diesmal würde es lange dauern. Unser Land würde unter einer durchgehend konservativen Herrschaft seiner neugewonnenen Verantwortung in Europa und in der Welt nicht mehr gerecht. Deutschland würde zu einem Anhängsel der Politik anderer Mächte werden. Unsere gesellschaftliche Ordnung würde Gegenstand neokonservativer Experimente. Die Folge: Die Aussteiger aus der Politik und die Umsteiger in die totale Opposition könnten dramatisch zunehmen.

Dreierlei steht auf dem Spiel:

Erstens: Die Identität der Sozialdemokratie. Sie wird weniger durch andere als vielmehr durch uns selbst gefährdet. Unsere Partei darf durch die widerspruchsvolle Vielfalt ihrer öffentlichen Erscheinungsformen weder die Wählerschaft noch sich selbst über ihre eigene Identität verunsichern!

Zweitens: Die schrittweise Erfüllung unseres geschichtlichen Auftrags für die Bundesrepublik Deutschland: Die Sicherung des Friedens.

Drittens: Unser Wille, den sozialdemokratischen Beitrag zur gesellschaftlichen Gestaltung fortzusetzen: Nämlich Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wir dürfen nicht zulassen, daß neokonservativer Radikalismus vieles von dem zerstört, was wir auf diesem Weg bereits erreicht haben.

In unserer Politik gibt es keinen Raum für eine "absolute Ethik des Rechthabens" (Max Weber). Ganz gewiß und schon gar nicht für den Bundeskanzler. Meine Person ist weniger wichtig, als mancher meint.

Allerdings hat das Grundgesetz aus gutem Grunde, aus geschichtlicher deutscher Erfahrung Gewaltenteilung und Arbeitsteilung vorgeschrieben. Gemäß dem Grundgesetz ist uns Führung auf Zeit verliehen - aber auf Zeit eben auch Führung!



Die Herausforderung

Die Welt hat es heute mit einer doppelten Gefährdung zu tun: Weltweit Hunger, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise - mit bitteren Folgen für unzählige Menschen; auf der anderen Seite eine tiefgreifende Gefährdung des Friedens, die in einigen Regionen den Krieg als Mittel der Politik wieder aufgewertet und weltweit die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Menschheit bedrohlich aktualisiert hat.

Die Verbindung von wirtschaftlicher Krise und außenpolitischer Spannung gehört zu den alten Erfahrungen der Sozialdemokratie. Immer wieder hat die Arbeiterbewegung erleben müssen, daß ungelöste oder unterdrückte soziale Konflikte in Agression nach außen umgeschlagen sind.

Und sie hat erlebt, wie äußere Friedlosigkeit den Weg verbaut, im Inneren eine gerechtere Ordnung zu schaffen.

Das Neue der gegenwärtigen Herausforderungen liegt darin, daß sie keine Region unserer Welt unbetroffen lassen, daß sie tatsächlich global sind. Kein Land hat sich von der ökonomischen Krise abschotten können. Weltweit grassiert Inflation. Weltweit haben die Zinsen 1981 eine Rekordhöhe erreicht und strangulieren noch immer die Investitionstätigkeit. Versteckte oder offene Arbeitslosigkeit kennzeichnet die Situation überall.

Alle Ländergruppen sind in den Sog der Rezession gezogen worden - ob westliche Industriestaaten oder Entwicklungsländer oder kommunistische Staatswirtschaften. Die politischen Unterschiede der jeweiligen Regierungen haben prinzipiell nicht verhindern können, daß ihre Staaten getroffen wurden. Und die Kommunisten haben in Wahrheit längst verstanden, daß dies nicht eine "Krise des Kapitalismus" ist, denn ihre eigenen Volkswirtschaften sind weit schlimmer dran als wir. In Wahrheit stehen alle vor einer schweren Herausforderung.

Ebenso global ist die Gefährdung des Friedens. Konfliktherde in entfernten Weltgegenden - ob in Kambodscha oder Afghanistan, ob im südlichen Afrika, ob im Mittleren Osten oder im Südatlantik - könnten auf Europa übergreifen. Geographisch unmittelbar betroffen sind wir durch die Verschärfung der Sprache im West-Ost-Verhältnis und die andauernde Hochrüstung.

Um der doppelten Gefährdung zu begegnen, gibt es in Wirklichkeit kein Patentrezept. Die Staatsmänner der Welt müssen sich und ihren Völkern Klarheit für jedes einzelne Konfliktfeld verschaffen. Dazu gehört auch der Mut zur Unpopularität.

Für uns Sozialdemokraten sind zwei Weltkriege, die enorme Arbeitslosigkeit der 30er Jahre und die faschistische Diktatur eine immerwährende Verpflichtung zur Sicherung des Friedens und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Wir haben die Risiken unserer Zeit begriffen. Deshalb experimentieren wir nicht auf Kosten von Menschen. Wir handeln mit Augenmaß.

Was ist friedenspolitisch zu tun?

Friedenspolitik ist von Anfang Kernbestand der sozialliberalen Koalition. Seit über zehn Jahren versuchen wir mit der Politik des Gewaltverzichts und mit den Verträgen Vertrauen zwischen West und Ost zu schaffen und zu vertiefen. Deshalb haben wir auch den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost ausgebaut.

Wir leben unmittelbar an der Grenze der beiden Militärböcke. Wir können nicht ungeschehen machen, daß das Paktsystem der östlichen Führungsmacht heute wenige Kilometer hinter Hamburg, hinter Wolfsburg, hinter Kassel beginnt, und zwar mit dem anderen deutschen Staat. Das ist ein wichtiger Teil unserer Weltkarte, daraus ergeben sich unsere Interessen und Verantwortlichkeiten.

Unsere Position ist unverrückbar im Westen verankert. Das weiß auch die andere Seite. Sie kennt aber auch unsere Überzeugung - und ich habe bei meinen Gesprächen mit der sowjetischen Führung daran nie Zweifel gelassen -: Gerade bei politischen Spannungen zwischen gegnerischen Systemen, gerade im Atomzeitalter ist Frieden nur durch Partnerschaft zu haben.



Vertragspartnerschaft, das heißt Sicherheitspartnerschaft verwischt keine Unterschiede; kommunistische Einparteiensherrschaft und freiheitliche Demokratie werden in ihren Gegensätzlichkeiten weder von SALT, noch von START aufgehoben. Sie werden weder in Genf, noch in Madrid, noch in Bonn verkannt.

Sicherheitspartnerschaft verwirklicht die Einsicht, daß wir den Krieg nur gemeinsam verhindern können, daß wir nur gemeinsam das Europa zwischen Lissabon und Leningrad, zwischen Tromsø und Moskau und nur gemeinsam Nordamerika vor Zerstörung bewahren können.

Dazu gehören Verträge, Kooperation und Entspannung. Dazu gehören Gewaltverzicht, Dialogbereitschaft und die Mäßigung beim politischen Handeln in Wort und Tat. Dazu gehört vor allem der Wille zum Ausgleich.

Der politische Dialog zwischen den beiden Großmächten ist gerade in kritischen Zeiten notwendig. Ich habe mich daher gegenüber Generalsekretär Breschnew und Präsident Reagan für eine baldige persönliche Begegnung des Präsidenten und des Generalsekretärs eingesetzt. Ich begrüße es, daß inzwischen beide Seiten ihre Absicht bekundet haben, noch in diesem Jahr persönlich zusammenzutreffen. Es liegt im Interesse des Friedens in der Welt, daß die beiden führenden Staatsmänner aus persönlicher Erfahrung die Vorstellungen und Absichten der anderen Seite kennen. Ich verspreche mir von einem solchen Treffen wichtige Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung, die doch im Interesse beider Staaten liegen.

Ausgleich bedeutet auch: Bereitschaft zur Wahrung eines ungefähren militärischen Gleichgewichts. Keine Macht der Welt wird freiwillig einen ungleichen Abrüstungsvertrag ratifizieren.

Das Prinzip des Gleichgewichts oder der gleichen Sicherheit - oder umgekehrt: der gleichen Verwundbarkeit - ist daher Grundbestandteil jeder zwischen West und Ost vereinbarten Abrüstung und Rüstungsbegrenzung.

Wer an die Stelle vertraglich gesicherter beiderseitiger Abrüstung stattdessen einseitige Abrüstung setzen will, dem muß ich sagen: Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß einseitige Ohnmacht Aggression durch die Übermacht nicht verhindert. Nachbarn der Sowjetunion haben diese Erfahrung gemacht:

Viele Nachbarstaaten der aggressiven Hitler-Diktatur ebenso. Die Erinnerung an Afghanistan ist noch frisch.

Damit uns nicht Ähnliches widerfahren kann, brauchen wir die Bundeswehr und unsere Verbündeten.

Das Gleichgewicht wird gegenwärtig von der Sowjetunion gefährdet, die seit 1976 ununterbrochen im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen einseitig eine Hochrüstung betreibt, obwohl sie schon 1978 bei ungleich geringerer Zahl von SS-20-Raketen festgestellt hatte, es sei ein ungefähres Gleichgewicht erreicht. Von hier gehen Bedrohungen unserer Sicherheit und unserer Handlungsfreiheit aus.

Um auf diesem Feld sowjetische Abrüstungsbereitschaft zu erreichen, hat das nordatlantische Bündnis 1979 - in voller Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Harmel-Berichts - den politischen Weg des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses eingeschlagen, der einerseits Verhandlungen anbietet und dafür vier Jahre Zeit einräumt und zugleich für den Fall der Erfolgslosigkeit westliche Nachrüstung vorsieht.

Alle Europäer - auch die Sowjets - lebten sicherer, wenn es überhaupt keine auf europäische Ziele gerichteten Mittelstreckenraketen gäbe!

Deshalb ist die beiderseitige Null-Lösung unser Verhandlungsziel in Genf.

Es waren wir Deutschen, welche die beiden Weltmächte zu den Genfer Verhandlungen gedrängt und bewegt haben. Natürlich stehen wir darüber in enger Konsultation mit der amerikanischen Regierung. Noch am letzten Wochenende habe ich eine ausführliche Unterhaltung mit dem amerikanischen Chefunterhändler Nitze geführt. Präsident Reagan hält am Ziel einer beiderseitigen Null-Lösung fest.



Wer gegenwärtig - also während laufender Verhandlungen in Genf - für ein Moratorium oder den Ausstieg aus dem gemeinsamen Beschluß eintritt, dem muß ich entgegenhalten: Die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion werden nur dann erfolgreich sein, wenn Moskau bei einem Scheitern der Gespräche mit der Stationierung angemessener amerikanischer Waffen in Westeuropa ab Ende 1983 rechnen muß.

Auch der zeitliche Druck muß aufrecht erhalten werden. Welchen Grund sollte die Sowjetunion sonst haben, zielstrebig und ernsthaft in Genf zu verhandeln?

Der Parteitag weiß, welche prinzipielle Bedeutung ich dieser Sache beimesse.

Die Wählerschaft unserer Partei repräsentiert ein breites Bündnis von vielen Millionen Arbeitern und Angestellten, von vielen Hunderttausenden von Selbständigen in Handwerk und Gewerbe, in der Landwirtschaft, von Rentnern, von Freiberuflern, von Ärzten, Pfarrern, Lehrern und Künstlern - und von Intellektuellen insgesamt - von alterfahrenden politischen Menschen und ebenso von jungen Menschen voller Idealismus, aber auch Menschen mit Ängsten, die beherrscht werden vom Gefühl anscheinender Ausweglosigkeit. Manche suchen verzweifelt Halt bei uns; einige verzweifeln an uns. Viele der Jungen sind keineswegs Phantasten oder Träumer, viele sind tatkräftig und einsatzbereit. Wir können ihnen vernunftgemäß begründete Hoffnung geben - und wir müssen ihnen Ziele anbieten!

Freilich - so schrieb mir Peter von Oertzen in einem Brief, den er wie einige andere für diese Rede an mich gerichtet hat und für die ich mich bedanke, - freilich den letzten Grund aller Hoffnung muß jeder in sich selbst finden; sei es im Glauben an das verheißene Heil; sei es im Festhalten am kategorischen Imperativ der sittlichen Pflicht. Oder wo auch anders immer. Aber dann fuhr er fort: "Einsicht und Erfahrung lehren uns, daß Menschen lernen können und daß es begehbbare Wege gibt -, Wege in der Gefahr und Wege aus der Gefahr hinaus." Diese Wege zu erkennen und zu zeigen, das ist unsere Aufgabe!

Deshalb darf unsere Partei, die doch auf Reform des Bestehenden abzielt, sich nicht auf Erklärung und Verwaltung des Bestehenden beschränken. Sie muß Vordenker für zukunftssträchtige Sachlösungen sein. Sie darf sich nicht zerreißen zwischen Regierungstechnik und Alternativ-Bewegung. Die Partei darf nicht nur, sie muß der Regierung vorausseilen.

Sie darf sich nicht an einem geistigen Schlepptau der Regierung festmachen. Sie darf sich als Gesinnungs- und Gefühls- und Geschichts-Gemeinschaft nicht ausschließlich dem Kalkül der tagespolitischen Zweckmäßigkeit anheimgeben.

Aber sie darf weder die politische Vernunft noch die politische Moral hintanstellen. Zu unserer politischen Moral gehört unverzichtbar die Vertretung der materiellen Interessen der kleinen Leute - und das geht nur in deren eigener Sprache und eigener Begriffswelt. Nirgendwo dürfen wir - die Erben und Sachwalter der Arbeiterbewegung - die Arbeiter in unserer eigenen Partei durch schwer verständliche akademische Sprache verschüchtern!

Zur politischen Moral gehört untrennbar die Leidenschaft zur Vernunft: Eugen Loderer schrieb mir zum Parteitag: "Wir brauchen alle Kräfte der Vernunft, um die Stetigkeit der Politik zu wahren." Karl Hauenschilds Brief hatte ähnlichen Inhalt.

Politische Vernunft und Pragmatismus und Realpolitik sind nicht notwendigerweise gleichzusetzen. Aber keines von ihnen kann ohne Moral auskommen. Keiner von uns kann ohne grundlegende Werte, ohne feste Gesinnung und Haltung, ohne moralische Grundhaltung auskommen. Es gibt keine politische Entscheidung ohne vorausgesetzte Grundwertung - auch wenn man sie nicht täglich im Munde führt. Zur Politik gehört aber dann auch Gefühl und Emotionen.

Alles, was die Mitglieder von Regierung und Bundestagsfraktion entscheiden, muß der Abwägung konkurrierender Werte entsprechen. Aber auch, ob einer zum Beispiel für oder



gegen die Startbahn West in Frankfurt Stellung nimmt, in jedem Fall ist das Solidaritätsgebot gegenüber denjenigen, für die dort Arbeitsplätze geschaffen werden, abzuwägen mit dem Solidaritätsgebot gegenüber denjenigen, die sich und ihren Mitmenschen den Wald und die Ruhe erhalten wollen. Und wer glaubte, mit Gewalt gegen den Bau der Startbahn vorgehen zu sollen, der hat entschieden, daß ihm der Umweltschutz moralisch höher steht als der innere Friede, höher als der Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und höher als der Erhalt schwer errungener Demokratieverfahren. Dieser Gehorsam aber ist unabdingbar! Gewiß können Menschen der eigenen Moral untreu sein. Gewiß gibt es solche, die zu verschiedener Gelegenheit mit verschiedener Zunge reden. Und häufig macht einer dem anderen die moralische Begründung streitig. Wenn dies innerhalb unserer Gesinnungsgemeinschaft geschieht, so ist Gefahr im Verzuge.

Jochen Vogel hat jüngst gesagt: "Es ist nicht so sehr die Tatsache, daß es in der SPD Kontroversen gibt, sondern wie diese ausgetragen werden: Dies hat zu den Niederlagen entscheidend beigetragen." Als mir ein Parteimitglied "politisch verkrüppelte Moral" vorgeworfen hat, so habe ich darauf ebenso wenig geantwortet, wie auf andere unqualifizierte Angriffe. Freilich hat es verletzt: Vor allem jedoch: Dergleichen kostet öffentliches Vertrauen!

Es gibt eine alte deutsche Tradition, mittlere Wege und Kompromisse als moralisch minderwertig hinzustellen. An deren Stelle werden dann gerne "reine" Bekenntnisse oder Programme gesetzt. Sie haben nur den einen Nachteil, daß sie politisch meist unrealisierbar sind.

Es gibt eine Tendenz zu immer weitergehenden Teilungen und Zersplitterungen. Im Parteienspektrum der Bundesrepublik macht sich gegenwärtig diese Tendenz wieder einmal deutlich bemerkbar. Während in den ersten Nachkriegsjahren die Rechte zersplittert war, bis sie unter Konrad Adenauer mehr und mehr sich in der CDU/CSU sammelte, ist es jetzt die Linke, die sich in Parteineugründungen und Grüppchen spaltet.

Die damit gewonnene scheinbare moralische Reinheit ist mit der politischen Wirkungslosigkeit und mit der Schwächung der einzig ins Gewicht fallenden Partei der Lohnabhängigen - nämlich unserer SPD - allzu teuer erkaufte und bewirkt indirekt eine Stärkung der konservativen Kräfte.

Dergleichen gibt es auch innerhalb unserer Partei. Heinz Rapp spricht von dem "kindischen SPD-Sport und Flügelei". Wir sind weder eine Randgruppen- noch eine Klassenpartei. Wir sind keine Dachgesellschaft von sechs oder sieben Arbeitsgemeinschaften. Wir sind eine Volkspartei - nur als Volkspartei können wir Erfolg haben!

Die Volkspartei kann nur solche Menschen integrieren, die den Willen dazu haben. Nicht jedoch solche, die an die Stelle sozialdemokratischer Identität eine andere Identität setzen wollen. Den Herausforderungen avantgardistischer Gruppen müssen wir uns stellen - nicht aber uns ihnen unterwerfen.

Nochmals Jochen Vogel: Wenn der Parteitag in Kenntnis aller Argumente mit Mehrheit demokratisch entschieden hat, dann wäre es "mein Wunsch und fast mein Appell, daß dann die Partei ihre Politik auf der Grundlage dieser Beschlußfassung gemeinsam vertritt". Und Günter Markscheffel fügt hinzu: Das Problem liegt in der Beantwortung der Frage, ob wir gewillt sind, die Beschlußfassung kraftvoll darzustellen und in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Gruppierungen durchzusetzen versuchen. Ich halte beides für wichtig.

Vielfalt in der Diskussion, aber Einheit in der Aktion - das war eine Grundregel in der Arbeiterbewegung. Das muß wieder Grundregel werden! (-/20.4.1982/ks/va)

+ + +

(Auszüge aus der Rede Helmut Schmidts vor dem Münchner SPD-Parteitag)



Mit zehn Prozent die Mehrheit umdrehen?

Die Frauen auf dem Parteitag wollen sich Gehör verschaffen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Erst die Ankündigung, daß die weiblichen Delegierten des SPD-Parteitages sich am Montagabend in einem feinen Hotel versammeln wollen, dann ein gelungenes Fernseh-Interview der Vorsitzenden der "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen", dann dicke Zweispalter in allen Zeitungen -, es rührt sich was bei den weiblichen SPD-Mitgliedern. Das ist mehr, als das dumpfe Rumoren des Unwillens, wie man es aus den vergangenen Jahren kennt. Aber ob die Vorstöße ausreichen, mit den zehn Prozent weiblicher Delegierter wirklich die 90 Prozent Männer "umzudrehen", ist doch eher fraglich.

Die Forderungen der Frauen konzentrieren sich auf das Sachgebiet Arbeitsmarkt. Für die Arbeitsgruppe, die die entsprechenden Anträge vorberät, hat sich ohnehin die größte Zahl der Parteitagsdelegierten gemeldet. Die Frauen wollen nicht stehenbleiben bei der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, sondern sie gehen weiter: um es Männern und Frauen zu ermöglichen, Beruf und Familie besser als bisher zu verbinden, stellen sie lautstark die Forderung nach dem Sechs-Stunden-Arbeitstag. Damit hätte man zugleich das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft, angesichts nachrückender geburtenstarker Jahrgänge insbesondere für die benachteiligten Frauen ein großes Problem.

Andere AsF-Forderungen versuchen, den Blick der beherrschenden Männerwelt darauf zu lenken, daß es nach wie vor Förderprogramme für Frauen geben muß, um schuldlos in der Jugend verpaßte Chancen nachträglich auszugleichen, abgebrochene Berufskarrieren fortzuführen und auf Jahre familienorientierter Tätigkeit berufliche Aufbauphasen folgen lassen zu können. Angesichts der knappen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit treffen auch diese Forderungen nicht gerade auf offene Ohren, so berechtigt sie auch sind.

Erfreulich an den Forderungen der Frauen: daß sie sich nicht personalpolitisch äußern, sondern Sachforderungen erheben. Was nämlich die Personalfragen angeht, so ist es durchaus nicht sicher, daß angesichts der vielen bedeutenden und weniger bedeutenden männlichen Persönlichkeiten, die in den Parteivorstand drängen, auch in den nächsten beiden Jahren sieben weibliche Vertreter im SPD-Parteivorstand sein werden. Nur durch die weibliche Solidarität von zehn Prozent der Delegierten läßt sich das nämlich leider nicht bewerkstelligen.

(-/20.4.1982/hf/va)

+ * +



Zum Standpunkt der Bremer Krüppelgruppe
-----**Ideologische Paukenschläge nützen behinderten Menschen wenig****Von Dr. Henning Scherf****Senator für Soziales, Jugend und Sport der Freien Hansestadt Bremen**

Außerungen Behinderter in eigener Sache verdienen es, ernst genommen zu werden. Die Zeit, in der Behindertenpolitik von Nichtbehinderten für Behinderte gemacht wurde, ist erfreulicherweise vorbei. Heute gibt es nur Behindertenpolitik als gemeinsame Aufgabe von Behinderten und Nichtbehinderten. Horst Frehe freilich entwirft ein anderes Bild. Er empfindet Hilfen für Behinderte offenbar nur als Mittel, sie abzusondern und zu entmündigen, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. So sperrt man sie in Heime, Rehabilitationszentren und Werkstätten für Behinderte ein - obwohl sie doch alle in der Lage wären, außerhalb von Heimen zu wohnen und in "normalen" Betrieben zu arbeiten; bis auf ganz wenige, wie Horst Frehe zugesteht. Genau hier liegt der Punkt, auf den es ankommt: sind es wirklich nur "ganz wenige"? Könnte man also Wohnheime und Werkstätten schließen - bis auf ein paar Plätze für die wenigen?

Daß Wohnen in einem Heim und Arbeiten in einer Werkstatt für Behinderte keine volle Integration bedeuten, ist unbestreitbar. Auch daß Betreuung immer ein Stück Fremdbestimmung bedeutet. Die Frage ist nur, welche Alternativen es gibt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß über die Stadt verteilte kleinere Wohnheime und von den Wohnheimen getrennte Werkstätten bereits eine Alternative sind - nämlich zu der noch vor dreißig Jahren fast ausschließlich praktizierten Verwahrung in großen Anstalten irgenwo auf dem Lande. Zu dieser Alternative gehören auch Kindertagesstätten, Sonderschulen und Tagesstätten für Behinderte, die im Elternhaus leben. Es stimmt also einfach nicht, wenn Horst Frehe sagt: "Entweder Totalversorgung durch die Eltern oder Unterbringung in einem Heim." Die örtlichen Einrichtungen sollen es gerade dadurch, daß die Behinderten während des Tages gefördert oder betreut werden, ermöglichen, daß sie im Elternhaus wohnen können. In ein Heim braucht der Behinderte erst dann zu ziehen, wenn eine Betreuung im Elternhaus nicht mehr möglich ist, zum Beispiel weil seine Eltern zu alt geworden sind. Ziel dieses Hilfesystems ist die größtmögliche Annäherung an die Integration. Daß es noch nicht überall erreicht ist, ist nicht zu bestreiten. Aber daß "die Zuständigen" es garnicht erreichen wollen, ist eine Unterstellung.

In den letzten Jahren hat sich in der Bundesrepublik eine neue Entwicklung angebahnt. Statt die Behinderten aus ihrer Umwelt herauszunehmen und sie in einem auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Sonderbereich zu fördern und zu betreuen, wird mehr und mehr versucht, unsere "Welt" behindertenfreundlich zu machen. Es ist verständlich, wenn die Betroffenen ungeduldig darauf warten, daß alle Schwellen und Barrieren verschwinden. Aber man muß auch sehen, daß das neben hohen Aufwendungen auch ein Umdenken von vielen und auch viele praktische Umstellungen erfordert. Integration kann nicht einfach obrigkeitlich oder administrativ angeordnet werden. Letztlich kommt es vor allem auf die Bereitschaft der Mitbürger an, Behinderte nicht nur neben sich zu akzeptieren, sondern auch Auswirkungen der Behinderung mitzutragen. Man kann einen Behinderten auch dadurch isolieren, daß man ihn allein in einen Betrieb stellt. Behinderungen haben Auswirkungen. Sie sind bei einem Körperbehinderten anders als bei einem Blinden oder bei einem geistig Behinderten. Darum bringt es nichts, in diesem Zusammenhang von "den Behinderten" zu reden. Die Krüppelgruppe schätzt offenbar nicht nur die Möglichkeiten, Integration zu "machen", falsch ein, sondern auch das Angewiesensein vieler Behinderter auf Rücksichtnahme, Verständnis und besondere Hilfen. Es ist verständlich, daß ein Körperbehinderter, auch wenn er Hilfen braucht, nicht "betreut" werden will. Aber es steht fest, daß die



meisten geistig Behinderten eine Betreuung brauchen. Zugegeben: hier und da wird vielleicht des "Guten" zuviel getan. Dann soll man das aufzeigen und kritisieren. Aber die Behauptung eine Entmündigung durch Betreuung sei das Ziel der Hilfen für Behinderte und sei für diese Hilfen charakteristisch, ist eine ungerechtfertigte Diskriminierung derjenigen, die in der Behindertenhilfe arbeiten, wie derjenige, die für ihre Gestaltung verantwortlich sind.

Behindertenpolitik in Bremen sucht heute nach Möglichkeiten, die Integration der Behinderten zu verbessern. Sie möchte möglichst vielen einen "normalen" Arbeitsplatz und eine Wohnmöglichkeit außerhalb von Heimen beschaffen. Aber das erreicht man nicht dadurch, daß man kurzerhand die Werkstätten für Behinderte und die Behindertenwohnheime schließt. Auch mit den dadurch freiwerdenden Mitteln wäre das Ziel einer Integration nicht zu erreichen. Die Krüppelgruppe entwickelt hier illusionäre Utopien. Behindertenpolitik, die etwas bewirken will, muß mit der Wirklichkeit rechnen. Wirklichkeitsfremde Forderungen nützen den Behinderten nichts. Erst recht nicht Forderungen, die auf einer undifferenzierten Sicht der Bedürfnisse und Wünsche der Behinderten aufbauen. Daher sind die Äußerungen und Forderungen der Krüppelgruppe weder ein sachgerechter noch ein sachdienlicher Beitrag zur Verbesserung der Situation der Behinderten.

Schlimm ist es schließlich auch, wenn von einer Ideologie her Behinderten das Feindbild einer auf ihre Entmündigung und Absonderung ausgerichteten Behindertenpolitik und Behindertenhilfe suggeriert wird. Das hilft ihnen nicht in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit mit dem Schicksal, behindert zu sein, zu leben, sondern drängt sie in eine neue Art der Isolierung. Zusammenarbeit für eine bestmögliche Integration - allgemein wie im Einzelfall - ist nur möglich, wenn auch die Behinderten zu konstruktiver Mitarbeit bereit sind. Es ist beruhigend zu wissen, daß es diese Zusammenarbeit in Bremen auf breiter Linie gibt. Es bleibt zu wünschen, daß auch die Krüppelgruppe - und zwar durchaus als kritischer Partner - zu dieser Zusammenarbeit findet, statt sich damit zu begnügen, von Zeit zu Zeit mit lautstarken Paukenschlägen aus dem Abseits auf sich aufmerksam zu machen.

(-/20.4.1982/hl/va)

+ + +

